

# EINSAME INSEL

Ende März 2019 verlässt Großbritannien die Europäische Union. So viel scheint derzeit festzustehen – auch nach dem überraschenden Ausgang der Unterhauswahlen im Juni dieses Jahres. Am wahrscheinlichsten ist ein „**softer Brexit**“. Was das für deutsche Unternehmen bedeutet, analysieren die Experten der DZ BANK.

**U**m diese Aufgabe sind die Verhandlungsdelegationen auf beiden Seiten nicht zu beneiden: Das Vertragsnetz zwischen den abwanderungswilligen Briten und den verbleibenden 27 EU-Ländern ist aus rund 21.000 Regeln geknüpft. Diese müssen bis Ende März 2019 gelöst werden – am 29. März ist nach dem Terminfahrplan der „B-Day“: der Tag des Brexit.

Nach dem für die regierenden Tories und besonders für Premierministerin Theresa May enttäuschenden Ausgang der Unterhauswahlen Anfang Juni dieses Jahres ist der vielfach befürchtete harte Brexit – zumindest vorerst – offenbar vom Tisch. Doch ebenso unwahrscheinlich ist der Exit vom Brexit. Selbst die bei den Wahlen überraschend erfolgreiche Labour-Party will mehrheitlich keine Abkehr vom Ergebnis des Exit-Referendums im Frühjahr 2016.

## ÄHNLICHE ROLLE WIE KANADA

Die Researchexperten der DZ BANK kommen in einem Gutachten zu dem Schluss, dass ein „Kompromiss auf niedriger Flamme“ das mit mehr als

# 21.000

Regeln beinhaltet das Vertragsnetz zwischen EU und den Briten.

Quelle: DZ BANK Research

50 Prozent wahrscheinlichste Szenario für die weitere Abnabelung der Insel vom europäischen Kontinent darstellt. „Wir gehen dabei davon aus, dass sich London und Brüssel auf ein Freihandelsabkommen für den Warenhandel einigen werden. Im Güterbereich würden dann auch nach dem Austritt Großbritanniens keine Zölle erhoben werden oder sonstige tarifäre Handelshemmnisse entstehen“, sagt Monika Boven, Economist bei der DZ BANK. Auf der anderen Seite fallen altbekannte Freiheiten des Binnenmarkts weg. „Die Personenfreizügigkeit verliert, wie von Großbritannien gewünscht, ihre Gültigkeit. Auch die Dienstleistungsfreiheit wird stark eingeschränkt, was die britischen Banken und den Finanzplatz London treffen dürfte“, meint Boven. Unter dem Strich würde das Vereinigte Königreich dann ein Verhältnis zur EU einnehmen, das vergleichbar mit der Rolle Kanadas im Freihandelsabkommen CETA ist.

Der größte Verlierer in diesem recht wahrscheinlichen Kompromisszenario wäre die britische Finanzwirtschaft. Die Industriefirmen aus dem Vereinigten Königreich kämen dagegen mit einem blauen Auge davon. Die Wachstumsverluste für die britische Volkswirtschaft beziffert Boven im Dreijahreszeitraum „auf etwa zwei Prozent, verglichen mit einer Entwicklung ohne Brexit“.

Auch Deutschlands exportorientierte Mittelständler, vor allem die in Großbritannien absatzstarke deutsche Autoindustrie, könnten mit einem Freihandelsabkommen gut leben. „Der Zugang zum Markt des Vereinigten Königreichs würde erhalten bleiben, bestehende Zulieferketten könnten weiter genutzt werden“, erklärt Christoph Swonke, ebenfalls Economist bei der DZ BANK. Insgesamt halten sich die Wachstumsverluste für die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), anders als im Horrorszenario „Rosenkrieg“, unter





Foto: David Meirzoeff/PA Images/mago

diesen Annahmen in Grenzen. „In der Summe dürften die kumulierten Wachstumseinbußen im Brexit-Jahr und in den beiden darauffolgenden Jahren für die EWWU und für Deutschland bei rund 0,7 Prozentpunkten liegen, verglichen mit einer Entwicklung ohne Brexit“, schätzt Swonke. Doch selbst im aus deutscher Sicht besten aller Fälle, dem beschriebenen Kompromisszenario, ist klar: „Echte Gewinner bringt der Brexit nicht. Wachstumsverluste sind in jedem Fall zu befürchten“, sagt Sören Hettler, Analyst bei der DZ BANK.

Zudem hat die jüngere politische Vergangenheit eines gezeigt: Sicher ist nichts mehr. Selbst der harte Brexit ist, wenn auch sehr unwahrscheinlich geworden, immer noch nicht komplett auszuschließen. Unternehmen sollten sich daher auch mit dessen Konsequenzen auseinandersetzen: Müsste etwa Großbritannien die EU-Zollunion verlassen, würden für Ein- und Ausfuhren auf und von der Insel die wesentlich höheren Drittlandzollsätze anfallen. Auch bei der Umsatz- oder Ertragsteuer drohen deutschen Unternehmen in diesem Fall böse Überraschungen.

#### RECHTSFORMWECHSEL PRÜFEN

Handlungsbedarf erkennt Dr. Petra Eckl, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Steuerrecht bei der Wirtschaftskanzlei GSK Stockmann in Frankfurt, zudem für die rund 9.000 Gesellschaften, die in Deutschland in der Rechtsform einer britischen Limited tätig sind. „Der britischen Limited droht mit dem Austritt von Großbritannien aus der EU der Wegfall der Haftungsbeschränkung. Unternehmer, die in Deutschland in der Rechtsform einer britischen Limited tätig sind, sollten diese vor dem Hintergrund des Brexit sicherheitshalber in eine andere Rechtsform überführen, um negative Steuerfolgen zu vermeiden“, rät Eckl. Es sei mehr als unsicher, „ob für existierende Limiteds im Zuge der Austrittsverhandlungen Spezialregelungen geschaffen werden. Man sollte sich nicht darauf verlassen.“

Derzeit stehen Unternehmern nach Eckls Worten noch diverse steuerneutrale Möglichkeiten offen, eine britische Limited in eine sicherere Rechtsform zu überführen. Der Grund dafür sei das deutsche Umwandlungssteuergesetz, das 2006 europäisiert wurde. „Mit dem Austritt von Großbritannien aus der EU werden diese Möglichkeiten wahrscheinlich wegfallen oder sehr stark eingeschränkt sein.“ Für eine Umstrukturierung stehen laut Eckl verschiedene Optionen wie Verschmelzungen, Formwechselvorgänge oder die Einbringung der Limited-Anteile in eine deutsche Gesellschaft zur Verfügung. ●

## AUFS ENGSTE VERFLOCHTEN:

- Großbritannien ist Deutschlands fünftwichtigster Handelspartner.
- Waren im Wert von 122 Milliarden Euro wechselten 2016 über den Kanal.
- Nach den USA und Frankreich nimmt das Vereinigte Königreich die meisten deutschen Exporte auf.
- Briten sind die wichtigsten Direktinvestoren in Deutschland. Hierzulande arbeiten mehr als 200.000 Beschäftigte bei Unternehmen aus UK.
- Rund 2.500 deutsche Unternehmen haben Niederlassungen in Großbritannien. Sie beschäftigen rund 400.000 Mitarbeiter.

Quelle: DIHK

### ! WAS BLEIBT:

Mit der Unterhaus-Wahlschlappe der Konservativen scheint ein harter Brexit ausgeschlossen. Mit dem „Soft Brexit“ könnte die deutsche Wirtschaft einigermaßen leben.